

## **Arbeitsmarktpolitik im Umbruch**

### **Die aktuellen Ankündigungen der Regierung zum Umbau des Arbeitslosengeldes sowie eine bereits jetzt erkennbare Änderung operativer Schwerpunkte des AMS werfen ihre Schatten voraus.**

Wie im Regierungsprogramm verankert wird bereits intensiv an einer Neugestaltung des Arbeitslosengeldes gearbeitet. Absehbar ist, dass das derzeitige Modell der Notstandshilfe als langfristige Versicherungsleistung (für Menschen die länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet sind) nicht fortgeführt wird.

Alternativ soll es für diese Personengruppe ein Mindestsicherungsmodell geben, was für die betroffenen Menschen deutlich negative Auswirkungen mit sich bringen würde. Mindestsicherung ist ein Sozialhilfemodell, der Zugriff auf das Eigentum der betroffenen Menschen steht deutlich im Raum. Darüber hinaus bedeutet das Ausscheiden aus dem Versicherungssystem, dass während des Bezugs von Mindestsicherung – im Gegensatz zur Notstandshilfe – keine Pensionsversicherungszeiten erworben werden und voraussichtlich auch keine Berechtigung auf vom AMS finanzierte Qualifikationsmaßnahmen möglich sein wird.

„Es besteht die Gefahr einer Segmentierung des Arbeitsmarktes, wobei sich das AMS vom Segment jener Personen die aufgrund verschiedener Merkmale, wie Alter, Qualifikation, Behinderung, Dauer der Arbeitslosigkeit etc. als „schwer vermittelbar“ gelten, einfach verabschiedet.“ befürchtet Julia Jungwirth, Geschäftsführerin des ÖZIV Bundesverbandes. „Davon wären unter anderem viele Menschen mit Behinderungen betroffen, die es schon jetzt sehr schwer haben, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen! Diese Entwicklung können und wollen wir so nicht hinnehmen und werden alles dazu beitragen dagegen aufzutreten,“ bekräftigt Julia Jungwirth die deutliche Position des ÖZIV in diesem Bereich.

Schon jetzt zeichnen sich in einigen Bundesländern sehr bedenkliche Entwicklungen ab. So wurde zum Beispiel vom AMS-Kärnten kurzerhand die Eingliederungsbeihilfe aus dem Titel Behinderung gestrichen. Das AMS-Wien hat Eingliederungsbeihilfen für Menschen mit Behinderungen zeitlich auf ein halbes Jahr reduziert und mit Jahresende 2018 limitiert.

In Oberösterreich hat der Arbeitsmarktpolitische Umbau bereits voll eingesetzt. Langjährig erfolgreich geführte Sozialökonomische Einrichtungen werden geschlossen. „Viele Klientinnen und Klienten unserer Angebote werden von den absehbaren Änderungen in der Arbeitsmarktpolitik negativ betroffen sein, oder sind es zum Teil jetzt schon“, ergänzt ÖZIV Geschäftsführerin Jungwirth. „Das Aussetzen oder Zurückfahren integrationsunterstützender Maßnahmen, wie der Eingliederungsbeihilfe, erschweren den zum Teil sehr mühsamen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erheblich. Menschen jenseits der Altersgrenze von 50, mit nicht adäquater oder geringer Ausbildung und mit Behinderung oder chronischer Erkrankung gelten mittlerweile schon als sehr schwer in den Arbeitsmarkt integrierbar.“

## Für Menschen mit Behinderungen

Wenn sich die Arbeitsmarktpolitik mit den nun absehbaren Maßnahmen zunehmend von dieser Bevölkerungsgruppe verabschiedet und sie in die Mindestsicherung drängt, gerät ein immer größer werdender Personenkreis in die Armutsfalle. Wir befürchten mittel- und langfristig fatale Folgen und dramatische Auswirkungen speziell für Menschen mit Behinderungen!“

### **ÖZIV Bundesverband fordert:**

**„Arbeitsmarktpolitik muss effizient und effektiv gleichzeitig sein“**

### **Soziale Unternehmen und Behindertenvertretungen präsentierten ihre Vorschläge für eine wirkungsvolle Unterstützung benachteiligter Personen.**

Während die Regierung Mittel für die berufliche Integration von älteren, behinderten, langzeitarbeitslosen und geflüchteten Menschen kürzt bzw. streicht, positionieren sich vier große Dachverbände klar und bekennen sich zur Unterstützung besonders benachteiligter Personen.

Vertreterinnen und Vertreter von **arbeit plus – Soziale Unternehmen Österreich**, des **Dachverbandes berufliche Integration Austria** (dabei-austria), des **Österreichischen Behindertenrates** und der **Sozialwirtschaft Österreich** präsentierten am 5. Juni, im Rahmen eines Pressegesprächs ihre Vorstellungen sinnvoller Arbeitsmarktpolitik.

Dabei geht es nicht ausschließlich – wie seitens der Regierung und des AMS betont wird um Effizienzsteigerung. Effizienz – also die Dinge richtig tun – ist unbestritten wichtig. Dabei darf aber nicht auf Effektivität – also die richtigen Dinge tun – vergessen werden! Beides muss zusammenkommen, damit arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bestmöglich wirken!

Der **ÖZIV Bundesverband** schließt sich den Vorschlägen und Forderungen der vier Dachverbände für eine effiziente UND effektive Arbeitsmarktpolitik vollinhaltlich an und unterstützt diese speziell dort, wo es um Menschen mit Behinderungen geht. Weitere Details können in der betreffenden Presseinformation nachgelesen werden: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180605\\_OTS0063/arbeitsmarktpolitik-muss-effizient-und-effektiv-gleichzeitig-sein](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180605_OTS0063/arbeitsmarktpolitik-muss-effizient-und-effektiv-gleichzeitig-sein)